Die Kriegsschuldfrage.

Ein Beweis dafür, daß Rußland zu einer Zeit, wo in Deutschland noch niemand an den Weltkrieg dachte, man Vorbereitungen traf, sind folgende Ausführungen, die der in Berlin erscheinende „Holzmarkt" in seiner Nummer vom 9. Juli 1914 brachte:

„Wie die „Königsberger Hartungsche Zeitung" meldet, zeigt die russische Regierung in letzter Zeit Absichten, die auf eine vorsätzliche Erschwerung des Holzhandels mit Ostdeutschland abzielen. Eine neue Maßnahme der russischen Regierung dürfte ebenfalls in dieser Richtung liegen. Die russische Regierung hat deutschen Untertanen den Aufenthalt in den russischen Festungsstädten arg beschnitten. Ein neues Gesetz gebietet, daß die deutschen Kaufleute sich in den Städten Kowno, Grodno usw., die besonders als Holzstapelplätze in Betracht kommen, nicht länger als 24 Stunden aufhalten dürfen. Wer einen längeren Aufenthalt nehmen will, muß dem Kommandanten der betreffenden Festung vier Gesuche einreichen. Natürlich erfordert dies eine Menge Zeit, Kosten, Umstände und — Geld!" — Damals konnte man sich nicht erklären, weshalb Rußland gerade für die Festungsbereiche und besonders die der deutschen Grenze benachbarten Festungen Kowno und Grodno solche Bestimmungen erließ, während sie für andere Bezirke nicht bestanden. Würden sich diese Bestimmungen gegen den deutschen Kaufmannsstand gerichtet haben, wozu gar keine Veranlassung bestand, dann wäre nicht ersichtlich, weshalb die „Festungsbereiche" darunter fielen! Weil aber nur diese in Betracht kamen und namentlich die beiden Deutschland benachbarten Festungen Kowno und Grodno, ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Ursache zu diesen Bestimmungen in militärischem Interesse lagen! Die Deutschen sollten nicht sehen, was in diesen Festungen vorging! Das geschah russischerseits in einer Zeit, in der in Deutschland noch kein Mensch an den Ausbruch des Krieges dachte!

Neue Lärmszenen im preußischen Landtag.

Berlin, 9. Mai. **Im preußischen Landtag kam es heute gleich nach Beginn der Sitzung zu sehr erregten Szenen. Auf der Tagesordnung stand die Erhöhung der Gehälter für Bischöfe und katholische Pfarrer. Der sozialdemokratische Abgeordnete König verlangte namentliche Abstimmung, weil die vom Hauptausschuß bewilligten Erhöhungen weit über das Maß der in der Verfassung vorgesehenen Grenze hinausgingen. Der kommunistische Abgeordnete Schulz erklärte unter wüsten Beschimpfungen der Rechten und des Zentrums, daß den Bischöfen und anderen Pfarrern kein Pfennig bezahlt werden würde. Präsident Leinert rief darauf den Redner zur Ordnung, wurde aber schließlich von ihm selbst beschimpft. Die namentliche Abstimmung über die Anträge soll morgen erfolgen.**

Morgen wird auf eine stürmische Sitzung gerechnet. Die Kommunisten haben einen Antrag eingebracht, wonach die Staatsregierung bei der Reichsregierung darauf dringen soll, daß alle Maßnahmen eines imperialistischen Krieges gegen Polen (!) sofort aufgehoben werden. Seitens der Sozialdemokraten ist ein Antrag eingegangen, der die Regierung ersucht, alles zu tun, um kriegerische Verwicklungen zu verhindern.

Ausfall der Reichstagssitzung.

(Drahtmeld. unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 9. Mai. **Die für heute nachmittag 4 Uhr angesetzte Plenarsitzung des Reichstags, die nur für den Fall vorgesehen war, daß die Regierung zu einer Besprechung über die oberschlesische Frage bereit sein würde, fiel nach dem Beschluß des Aeltestenausschusses aus. Die nächste Plenarsitzung wird erst der morgen abermals zusammentretende Aeltestenausschuß verfügen. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wird voraussichtlich heute spät abends oder auch erst morgen vormittag zusammentreten.**

Der Fenstersturz zu St. Laurence.

Graz, 8. Mai. In einer von der christlich-sozialistischen Partei nach St. Laurence bei Kapfenberg in Steiermark einberufenen Wählerversammlung kam es heute vormittag zu schweren Ausschreitungen. Im Saale anwesende Kommunisten drangen auf den Landeshauptmann von Steiermark, Professor Dr. Rintelen, ein und stürzten ihn vom ersten Stockwerk auf die Straße. Der Landeshauptmann konnte sich trotz der erlittenen Verletzungen wieder erheben, doch die Menge lief ihm nach und schlug ihn zu Boden. Er wurde schwer verletzt nach Graz gebracht. (W. T. B.)

Graz, 9. Mai. Die Bezirkshauptmannschaft Bruck sandte eine Abteilung Gendarmerie nach St. Laurence, wo Verhaftungen vorgenommen wurden. Die gemeldeten Verletzungen des Landeshauptmanns Dr. Rintelen sind schwer. Es sind hauptsächlich Kopfverletzungen. Wie verlautet, lag die Absicht vor, Rintelen zu töten.

Oertliches und Sächsisches.

Pfingstdampferverkehr auf der Elbe.

Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft wird an den Pfingstfeiertagen außer den im großen Sommerfahrplan, der mit Pfingstsonnabend einsetzt, vorgesehenen Fahrten noch folgende Sonderschiffe verkehren lassen:

Auf der Strecke oberhalb Dresdens:

Am 1. und 2. Feiertag vorm. 7 Uhr von Dresden nach Rathen. Am 1., 2. und 3. Feiertag vorm. 11 Uhr von Dresden wird die planmäßig nur bis Schmilka vorgesehene Fahrt bis Herrnskretschen ausgedehnt. Ebenso erfährt an den gleichen Tagen die nachm. 3,30 Uhr von Dresden nur bis Pillnitz vorgesehene Fahrt bedarfsweise bei schönem Wetter eine Fortführung bis Rathen. Umgekehrt nach Dresden sind nachstehende Sonderschiffsverbindungen vorgesehen: Am 1. und 2. Feiertag vorm. 11 Uhr ab Rathen. Am 1., 2. und 3. Feiertag verkehrt die planmäßige Fahrt Nr. 31 anstatt nur von Schmilka (5,20 Uhr) nachm. 5,25 Uhr von Herrnskretschen.

Außerdem wird bei Bedarf am 1. und 2. Feiertag von vorm. 8,30 bis 11,30 Uhr und von nachm. 1,00 bis 5,30 Uhr von Dresden bis Pillnitz halbstündiger Verkehr eingerichtet, und umgekehrt werden von Pillnitz nach Dresden Dampfer halbstündig verkehren vorm. 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr und nachm. von 5 bis 9,15 Uhr. Am 3. Feiertag bedarfsweise Halbstundenverkehr von nachm. 1,30 bis 5,30 Uhr von Dresden bis Pillnitz.

Auf der Elbstrecke unterhalb Dresdens:

Am 1. und 2. Feiertag nachm. 3 Uhr bis Meißen. Rückfahrt von Meißen nachm. 7 Uhr.

In allen Fahrten werden sämtliche Unterwegsstationen angelaufen.

— **Beschränkung der Sprechzeit im Justizministerium.** Im Justizministerium häufen sich die Besuche von Personen, die um eine Besprechung mit einem Beamten des Ministeriums in einer Gnadensache oder in einer anderen Angelegenheit bitten, derart, daß hierunter der geordnete Geschäftsbetrieb empfindlich leidet. Hierbei hat es sich in zahlreichen Fällen ergeben, daß persönliche Besprechungen unnötigerweise auch in Sachen nachgesucht werden, die ebenso gut oder besser auf schriftlichem Wege ihrer Erledigung zugeführt werden können. Das Justizministerium beschränkt daher die Sprechzeit im Ministerium, soweit es sich nicht um unaufschiebbare Eilfälle handelt, auf Montags, Mittwochs und Freitags von ½11 bis 1 Uhr in jeder Woche.

— **Sachsens Anteil an der Reichseinkommensteuer.** Dem Freistaat Sachsen ist fürs Rechnungsjahr 1920 vom Reich ein Betrag von rund 1100 Millionen, also weit über eine Milliarde Mark, als Anteil an der Reichseinkommensteuer überwiesen worden, während sich der Mindestanspruch nur auf rund 976 Millionen Mark belief. Es sind fünf vorläufige Verteilungen an die Gemeinden vorgenommen worden; die endgültige Verteilung kann erst nach Erledigung der jetzt abgegebenen Einkommenserklärungen erfolgen. Wenn der Staat die Volksschullasten übernehmen sollte, werden die Gemeinden von ihrem Anteil etwas zurückzahlen müssen.

— **Verkauf des Egerer Bahnhofes an Tschechien?** Der Bahnhof in Eger, in den bayrische, sächsische und böhmische Eisenbahnlinien einmünden, ist bekanntlich Eigentum der bayrischen Staatsbahnverwaltung. Die tschecho-slowakische Regierung strebt den Kauf des Bahnhofsgebäudes an. Wie nach der „Reichenberger Ztg." verlautet, sind die Verhandlungen abschlußreif geworden. Wie das Blatt meldet, soll der Kaufpreis an die Wiedergutmachungskommission abgeführt werden.

— **Charakterverleihungen und Tragen der Uniform.** Bei der Pensionsabteilung Sachsen, welche u. a. auch Restarbeiten vom früheren Heeresabwicklungsamt Sachsen zu erledigen hat, beim Landeskommandanten von Sachsen und neuerdings auch bei der Reichsarchiv-Zweigstelle Dresden, gehen fortgesetzt Anfragen in überaus großer Zahl ein, in denen Erkundigungen nach dem Stande der Bearbeitung von Anträgen auf Charakterverleihung oder Erlaubnis zum Tragen einer Uniform eingezogen werden. Da die Erledigung dieser Anfragen außerordentlich zeitraubend ist, und die ordnungsmäßige Bearbeitung der noch vorliegenden Tausende von Gesuchen stark beeinträchtigt, sieht sich die Pensionsabteilung Sachsen, auch im Hinblick auf die eingetretene Verringerung des Personals, zu ihrem Bedauern gezwungen, von der Beantwortung derartiger Anfragen nunmehr abzusehen. Die vorliegenden Anträge werden erledigt, sobald sie zur Bearbeitung heranstehen. Die Gesuchsteller erhalten dann entsprechenden Bescheid. Dieser Bescheid ist ein endgültiger, etwaige weitere Gesuche in derselben Angelegenheit müssen deshalb unbeantwortet bleiben.

—* **Verlängerung der Kündigungsbeschränkung zugunsten Schwerbeschädigter.** Der Reichsrat hat dem Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsministeriums zugestimmt, wonach bis 1. April 1922 in der Regel zu jeder Kündigung eines Schwerbeschädigten die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle (Landesamt für Kriegerfürsorge, vertreten durch die Kreisämter, Abteilung für Schwerbeschädigte) erforderlich ist. Die Hauptfürsorgestelle darf nach der neuen Verordnung diese Zustimmung nicht versagen, wenn der Arbeitgeber, der bereits seine Einstellungspflicht erfüllt hat, auf den freiwerdenden Arbeitsplatz einen anderen Schwerbeschädigten im Einvernehmen mit der Hauptfürsorgestelle einstellt, ferner wenn Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gesellschaften der Kriegs- oder Uebergangswirtschaft aufgelöst werden und gewisse Voraussetzungen erfüllt sind und schließlich, wenn der Gesamtbetrieb eines privaten Arbeitgebers nicht nur vorübergehend stillgelegt wird und zwischen dem Tage der Kündigung und dem Tage, bis zu dem der Gehalt oder Lohn weiter gezahlt wird, mindestens drei Monate liegen. Die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle ist überhaupt nicht mehr erforderlich gegenüber Schwerbeschädigten, die ein Arbeitgeber nach Erfüllung seiner sonstigen Einstellungspflicht nur zur vorübergehenden Aushilfe oder versuchsweise nach dem 1. April 1921 einstellt und dies der Hauptfürsorgestelle mitteilt. Diese Schwerbeschädigten gelten nach sechs Monaten als dauernd beschäftigt. Die Verordnung ist am 1. Mai 1921 in Kraft getreten. Näheres hierüber ist bei den zuständigen Kreisämtern für Kriegerfürsorge, Abteilung für Schwerbeschädigte, zu erfahren.

— **Drohende Einstellung des Zugverkehrs in Oesterreich.** Mit Rücksicht auf die gemeldete Möglichkeit der Einstellung des Schnell- und Personenzugverkehrs auf den österreichischen Staatsbahnen wird eine geordnete Rückkehr der Pfingstausflügler und reichsdeutscher Teilnehmer in Oesterreich stattfindender Kongresse in Frage gestellt.

— **Grenzausweise für die sächsisch-tschecho-slowakische Grenze.** Tagesausweise, wie sie an der Grenze ausgestellt werden, fußen an sich nicht auf ministeriellen Anordnungen, sondern sind lediglich als eine im Interesse einer Erleichterung des „kleinen Grenzverkehrs" von den beiderseitigen Grenzbehörden getroffene behelfsmäßige Maßnahme zu betrachten. Amtlich ist für den Grenzübertritt der Paß der einzig gültige Ausweis. Die Grenzbehörden müssen daher darauf bestehen, daß die Inhaber solcher „Tagesausweise" an derselben Stelle über die Grenze zurückkehren, an der sie hinübergegangen sind. An einer anderen Stelle dürfen die Ausweise nicht benutzt werden. Es finden zurzeit Besprechungen zwischen dem tschecho-slowakischen Generalkonsulat und dem Dresdner Verkehrsverein statt, die dahin zielen, diese interimistische Einrichtung zu einer endgültigen und für alle Grenzstationen verwendbaren umzugestalten.

— **Verteilung der Auszeichnungen im Schaufenster-Wettbewerb für Oberschlesien.** Der Deutsche Schutzbund, Arbeitsgemeinschaft Dresden, verteilte am 7. ds. im Italienischen Dörfchen feine Auszeichnungen an die im Schaufenster-Wettbewerb prämiierten Firmen. Die Preise bestehen in Bronzeplaketten, welche die bekannte Darstellung der Germania mit den beiden Kindern, im Hintergrunde das Oberschlesische Industriegebiet und die Unterschrift zeigen: „Oberschlesiens Dank". Den Firmen, denen nur „Ehrende Erwähnung" zuerkannt war, wurden unverkäufliche weiße Denkmünzen mit Goldrand überreicht, die in Form und Prägung genau den Oberschlesier-Denkmünzen im braunen Meißner Porzellan gleichen. Die Preisrichter erhielten zum Andenken und zum Dank für die gehabte Mühe ebenfalls Bronzeplaketten. Bei der Ueberreichungsfeier ergriff Hofrat Eberle das Wort und sprach den beteiligten Damen und Herren den Dank des Schutzbundes für die im Interesse der vaterländischen Sache gehabte Arbeit aus, lobte den schönen, geschmackvollen Schmuck der Schaufenster, sowie den regen Verkauf der Denkmünzen durch die am Wettbewerb beteiligten Firmen und sprach von den großen Aufgaben des Schutzbundes, die mit der Abstimmung in Schleswig, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien noch keineswegs erledigt seien. Er erinnerte an den herrlichen Erfolg der Abstimmung in Tirol, an dem der Schutzbund nicht unbeteiligt war und an die Abstimmung in Kärnten, die bevorstehe und für die nun mit aller Kraft gearbeitet werden müsse. Als weiteres hochwichtiges Ziel der Schutzbundarbeit bezeichnete der Redner die Verlegung der Universität Prag, einer Schöpfung alter deutscher Kultur, auf rein deutsches Gebiet. Nach der Ansprache dankten die Ausgezeichneten für die schönen, künstlerisch ausgeführten Ehrengaben. Der Verkauf der Denkmünzen zugunsten der erwähnten, wichtigen vaterländischen Zwecke geht weiter. Die Preisträger, deren Namen wir seinerzeit bereits veröffentlicht haben, werden ihre Preise in den Schaufenstern auslegen.

— **Vereinigung von Landgemeinden.** Die Gemeinde Wüllshorf hat sich mit der Gemeinde Töpeln bei Döbeln vereinigt. Der künftige Ortsname ist Töpeln.

— **Gedenktafelweihe.** Beim Paketpostamt (Abstellbahnhof) fand am Sonntag die Uebergabe einer Gedenktafel an die im Weltkriege gefallenen Beamten des Postamts statt. In der großen Verladehalle war, von Blattpflanzen umgeben, die Ehrentafel aufgestellt. Sie trägt die Namen von zehn Angehörigen des Postamts. Die Gedächtnisrede hielt Postschaffner Wagenknecht. Angehörige der Gefallenen wohnten der stimmungsvollen Feier bei, welche Orchestermusik und gesangliche Darbietungen vervollständigten. Postdirektor Haupt übernahm die Marmortafel in amtliche Obhut.

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus: „Hoffmanns Erzählungen" (½8); Schauspielhaus: „Schneider Wibbel" (7); Albert-Theater: „Gespenster" (½8); Residenz-Theater: „Wie einst im Mai" (7); Zentral-Theater: „Der Opernball" (7).

† **Veranstaltung.** Heute ½8 Uhr im Vereinshaus 2. Tanz-Abend Mary Wigman.

† **Der Richard-Wagner-Verband deutscher Frauen** hielt Montag vormittag in den Räumen des Generalkonsuls Chrambach zu Dresden seine 9. Hauptversammlung ab. Sie war sehr gut besucht, auch von auswärtigen Mitgliedern. Frau Chrambach begrüßte die Erschienenen, Frau Lange-Hannover, die Vorsitzende des Verbandes, eröffnete die Hauptversammlung mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Wagnersache für die geistige Stärkung des Deutschtums gerade in diesen schwersten Tagen unseres Vaterlandes. Es wurden dann die Ortsgruppenberichte erstattet, die zeigten, daß trotz der Not der Zeit im Verband unentwegt gearbeitet wird. Auffallend war, daß die Tätigkeit in kleineren Städten (Altenburg, Braunschweig, Nürnberg) reger und erfolgreicher war, als in Hauptstädten (Berlin). Hannover hatte sich der tatkräftigen Mitwirkung Hans Pfitzners und Eberhard Königs zu erfreuen. Nachdem Rechenschaftsbericht erstattet und Entlastung erteilt worden war, wurde der Beitritt des Verbandes zum Bayreuther Bund besprochen, der bekanntlich die Pflege der neuen deutschen musik-dramatischen Kunst, insbesondere der Werke Siegfr. Wagners und Hans Pfitzners bezweckt. Da der Richard-Wagner-Verband deutscher Frauen in erster Linie der Unterstützung des Bayreuther Stipendienfonds dient, wurden Bedenken laut, ob ein korporativer Beitritt zu dem ganz andere Ziele verfolgenden Bayreuther Bund zulässig sei. Interessant war dabei zu hören, daß der Bayreuther Stipendienfonds heute, trotz der während des Krieges verteilten außerordentlichen Unterstützungen, 700 000 Mk. übersteigt. Schließlich einigte man sich dahin, es den einzelnen Ortsgruppen anheimzugeben, sich dem Bayreuther Bund anzuschließen. Sodann wurde die Verbreitung einer neuen Werbeschrift beschlossen, desgleichen möglichste Unterstützung der „Bayreuther Blätter", deren Forterscheinen nach einem Bericht H. v. Wolzogens gefährdet erscheint, den Ortsgruppen zu empfehlen. Zum Schluß wurde ein Schreiben verlesen, das die bestimmte Aussicht gibt, daß im Jahre 1923 die Bayreuther Festspiele wieder aufgenommen werden. Allerdings würde eine Festspielzeit, wie sie früher war, heute etwa 5 Millionen Mark kosten. Man wird deshalb zunächst bescheidener anfangen müssen, etwa nur Parsifal und ein Werk dazu geben, auch sich auf den vorhandenen Fundus beschränken und auf anspruchsvolle Solisten-Stars verzichten müssen. Dann könnte bei Eintrittspreisen von 75 bis 100 Mk. der geldliche Ausgleich gefunden werden. Für jeden Fall aber müßte ein Garantiefonds auf genossenschaftlicher Grundlage geschaffen und zu diesem Zweck ein neuer Patronatsverein gegründet werden. Verpflegungsschwierigkeiten würden bei der Ernährungslage in Bayern kaum bestehen. Auch Oberammergau hat ja für 1922 seine Passionsspiele angekündigt. Als nächster Tagungsort des Richard-Wagner-Verbandes deutscher Frauen wurde Braunschweig bestimmt. Begrüßungstelegramme wurden an die hohe Protektorin des Verbandes, Frau Kronprinzessin Cäcilie, sowie an Frau Cosima Wagner gesandt.

† **Staatl. Kunstgewerbebibliothek** (Eliasstraße 24, 1.). Ausstellung „Alte und neue Lichtbildkunst"; Beispiele der ersten technischen Verfahren, hervorragende Daguerreotypien, bemerkenswerte Porträtaufnahmen. Den Stand der neueren Lichtbildkunst veranschaulichen die Berufsphotographen Hugo Erfurth und Bruno Wiehr, sowie die Amateure Otto Ehrhardt, Amtsgerichtsrat Heinh, E. Igel und Dr. Kuhfahl; Landschaftsaufnahmen von Jan Bulhak in Wilna. Unentgeltlich geöffnet werktäglich von 8—6 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr.

† **Sächsischer Künstlerhilfsbund.** Das Kasper-Theater von Dr. M. O. Paul spielt am Mittwoch im großen Künstlerhaussaal ein neues Programm. Es werden auch reservierte Plätze eingerichtet. Karten bei Mies, von ½5 Uhr ab nur an der Saalkasse.

† **Kunst-Ausstellung Richter.** Heute, Dienstag, 11 Uhr, Eröffnung der Ausstellung von Alexander Archipenko.

† **Eine Ausstellung neuer kirchlicher Kunst.** Im Leipziger Kunstgewerbemuseum wird im Herbst dieses Jahres eine Ausstellung neuer kirchlicher Kunst stattfinden. Die Anregung dazu ging von dem Leipziger Pastorenverein aus, der sie in Verbindung mit der Sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe und dem Leipziger Kunstgewerbemuseum zur Durchführung bringen wird. Die unter der Jury von Sachverständigen stehende Ausstellung soll zeigen, wie kirchliches Leben und fromme Sitte durch bildende Kunst zu verschönern sind. Sie wird vom Kirchen- zum Wohnungsschmuck, vom Geschenk zum Gebrauchsgegenstand, vom Buch bis zur schlichten Familienanzeige führen. Die Ausstellung wird sich daher in drei Abteilungen gliedern: Kunstgewerbe, Graphik und Buchgewerbe. Später wird sie auch in anderen Städten gezeigt werden.

†* **Ausstellung von Bühnenentwürfen in der Berliner Nationalgalerie.** Die Berliner Nationalgalerie hat eine Schau von Entwürfen älterer deutscher Künstler zu Theaterdekorationen eingerichtet. Schinkel ist mit einem feierlichen antiken Säulensaale vertreten. Den Hauptraum nehmen die Aquarelle Karl Blechens ein, den Schinkel 1824 an das neueröffnete Königstädtische Theater empfahl und der dort in den nächsten drei Jahren eine Reihe heute vergessener Zauberopern, Possen und Schwänke nach diesen Aquarellen szenisch ausstattete. Eine andere Gruppe von Bühnenentwürfen der Ausstellung entstammt dem Münchener Atelier der Quaglio.

† **Universität Hamburg.** Die Vollversammlung der ordentlichen Professoren hat den Präsidenten der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung Bürgermeister Dr. Werner v. Melle einstimmig zum Rektor h. c. der Hamburgischen Universität erwählt.

†* **Einstein Mitglied der Royal Society.** Wie die „Times" meldet, ist Professor Albert Einstein zum auswärtigen Mitglied der Royal Society gewählt worden. Diese Ehrung war dem Gelehrten bereits vor etwa einem Jahre zugedacht worden, scheiterte aber damals an dem Widerspruch einiger Mitglieder der berühmten englischen Körperschaft.

† **Ein Notschrei der russischen Intelligenz.** Wie über Kopenhagen gemeldet wird, veröffentlicht in der finnischen Presse Maxim Gorki einen Aufruf an die ganze Welt, worin er um Hilfe für die Vertreter der russischen Intelligenz bittet. Er sagt in dem Aufruf, daß 4- bis 500 russische Gelehrte dem Hungertode nahe sind.

†* **Die Nobelstiftung während des Weltkrieges.** Eine Veröffentlichung der Nobelstiftung, welche soeben nach Deutschland kommt, berichtet zusammenfassend über die Verteilung der Nobelpreise während der Jahre des Weltkrieges. Es ist von Interesse, daraus festzustellen, daß unter den sieben Preisen, welche in diesen Jahren für Physik (4), Chemie (2) und Medizin (1) verliehen wurden, drei an Engländer, einer an einen Amerikaner und drei an Deutsche bzw. Deutschösterreicher fielen: an Professor Max v. Laue in Berlin für seine Untersuchungen über die Interferenzerscheinungen an Röntgenstrahlen, an Geheimrat Richard Willstätter in München für seine Untersuchungen über Pflanzenfarbstoffe, namentlich über Chlorophyll, und an Robert Bárány aus Wien, seit 1917 Professor in Upsala, für seine Arbeiten über die Physiologie und Pathologie des Vestibularapparates des inneren Ohres. Alle vier physikalischen Preise wurden erteilt für Arbeiten aus dem Gebiet der Röntgenstrahlenforschung. Dagegen ist unter den vier literarischen Preisträgern dieser Jahre kein Deutscher: ein Franzose, Romain Rolland; ein Schwede, Werner von Heidenstam; zwei Dänen, Karl Gjellerup (der allerdings meist in Deutschland, in Dresden, lebte und viele seiner Werke deutsch geschrieben hat), und Henrik Pontoppidan.

SLUB
Wir führen Wissen.